

Kanton verärgert Agglomeration Bern

Sozialhilfe Die Gemeinden müssen künftig einen Selbstbehalt bei den Sozialhilfekosten bezahlen. So will es der Grosse Rat. Die Stadt Bern, Ostermundigen und Ittigen befürchten hohe Mehrkosten.

Bernhard Ott

Daniel Bock ist verärgert: «Wie soll Ostermundigen das bezahlen?», fragt sich der Mundiger Sozialabteilungsleiter und Co-Präsident der Berner Konferenz für Sozialhilfe. Bock meint den Selbstbehalt, den die Gemeinden bei den Leistungen der Sozialhilfe künftig bezahlen müssen. Das Kantonsparlament hat gestern eine entsprechende Motion mit 85 zu 68 Stimmen beschlossen.

Gemäss der Motion gehen fünf bis zwanzig Prozent der «effektiven Sozialhilfekosten» zulasten der Gemeinden. Für Ostermundigen geht Bock von Mehrkosten in der Höhe von 1,5 Millionen Franken aus. Die bürgerlichen Motionäre wollen damit «auf einfache Art Anreize schaffen, damit auch die Sozialdienste auf die möglichst schnelle

Wiedereingliederung ihrer Klienten hinarbeiten wollen», wie es im Vorstoss heisst. Dabei soll es für Gemeinden mit hohen Soziallasten einen Soziallastenzuschuss geben. Laut SVP-Grossrat Daniel Bichsel hat dieser zum Zweck, eine Zusatzbelastung für die Gemeinden zu verhindern. Bichsel ist auch Präsident des Verbandes Berner Gemeinden (VBG), der unter Leitung der Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) an der Ausgestaltung des Zuschusses mitarbeitet.

Aufruf zur «Knochenbüez»

Die Sprecher der rot-grünen Fraktionen liefen trotz Zuschuss Sturm gegen das Anliegen. Sie wiesen darauf hin, dass die Gemeinden auf den Löwenanteil der Kosten wie etwa die Mieten oder die Krankenkassenprämien keinen Einfluss hätten. Die Gemeinden könnten «maximal 16 Prozent» der Sozialhilfekosten selber bestimmen, sagte Bock im Vorfeld der Debatte in einem Interview mit der «Berner Zeitung» - 10,5 Prozent betreffen Kosten im freiwilligen Kinderschutz und die restlichen 5,5 Prozent die situationsbedingten Leistungen. Die Bürgerlichen sahen aber nicht nur auf der Aufwandseite Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung. So wies SVP-Grossrat Bichsel darauf hin, dass es einnahmenseitig ebenfalls «Manövriermasse» gebe, etwa beim

Alimenteninkasso. Das Eintreiben von Leistungen sei allerdings «Knochenbüez», sagte Bichsel. «Aber Gemeinden, die sich anstrengen, sollen auch belohnt werden.»

Daniel Bock findet es stossend, dass die Berner Konferenz für Sozialhilfe bei der Ausarbeitung der Kriterien für Selbstbehalt und Zuschuss nicht mitreden kann. Er befürchtet, dass «soziodemografische, wirtschaftliche und regionale Aspekte» unter den Tisch fallen könnten. «Man kann nicht alle Gemeinden über denselben Kamm scheren.»

Fast ein Drittel der Ostermündiger Bevölkerung hat Migrationshintergrund, die Sozialhilfequote liegt bei acht Prozent. Bei der Erarbeitung der Kriterien müssten aber auch die Ursachen für die hohe Soziallast mitberücksichtigt werden, sagt Bock. So lebten vielerorts Sozialhilfebezüger in Häusern, deren Eigentümer kein Geld in eine Sanierung stecken wollten. Agglomerationsgemeinden wie Ostermündigen seien von solchen Phänomenen «stärker betroffen als einige Städte», sagt Bock. Ein weiteres Beispiel dafür ist Ittigen mit einer Sozialhilfequote von über sieben Prozent. Gemeindepräsident Marco Rupp beziffert die möglichen Mehrkosten für die Gemeinde auf 0,6 bis 2,5 Millionen Franken - wobei Letzteres fast einem Steuerzehntel gleichkäme. Ittigen sei auch für eine Senkung der Kosten in der Sozialhilfe, sagt Rupp. «Wir befürchten aber, dass dies auf Kosten der Gemeinden geht.»

Biel sieht es anders

Die grösseren Städte wiederum haben heute eine höhere Sozialhilfequote als kleine Landgemeinden. «Dafür darf man sie nicht mit Selbsthalten bestrafen, denn sie können die Sozialhilfequote kaum steuern», sagt die Berner Gemeinderätin Franziska Teuscher (GB). Sie geht davon aus, dass der Selbstbehalt zu Mehrkosten von fünf bis zwanzig Millionen Franken führt. Dabei gebe es kaum Steuerungsmöglichkeiten. So seien in der Stadt Mieten und Krankenkassenprämien höher als auf dem Land. Zudem gebe es mehr unterstützte Einpersonenhaushalte, was zu einem Anstieg der durchschnittlichen Fallkosten führe, sagt Teuscher.

Ganz anders sieht dies Teuschers Bieler Pendant Beat Feurer (SVP). Die Stadt hat mit 11,5 Prozent die höchste Sozialhilfequote im Kanton. Feurer spricht sich für einen Selbstbehalt aus, der aber den strukturellen Problemen der Gemeinden Rechnung tragen müsse. So weise Biel viel günstigen Wohnraum auf, was «in prekären Situationen lebende Menschen» anziehe, sagt Feurer.